

Antrag

der Fraktion der FDP

Aufenthaltsrecht berechenbar ausgestalten – rot-rot-grüne Willkür verhindern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat nachdrücklich auf, von den unverantwortlichen Plänen der rot-rot-grünen Koalition betreffend einen sogenannten „Paradigmenwechsel“ bei Abschiebeverfahren Abstand zu nehmen (vgl. Abschnitt „Aufenthaltsrecht berechenbar ausgestalten“ des Koalitionsvertrages).

Insbesondere soll sich der Senat nicht – wie von Rot-Rot-Grün geplant – auf Bundesebene für die Abschaffung von Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam einsetzen.

Begründung:

Die rot-rot-grüne Koalition hat im Koalitionsvertrag vereinbart:

„Bezogen auf die Beendigung des Aufenthaltes will die Koalition einen Paradigmenwechsel. An die Stelle einer reinen Abschiebepolitik soll die Förderung einer unterstützten Rückkehr treten. Dafür wird die Koalition bestehende Programme mehr als bisher nutzen und bei Bedarf durch ein Landesprogramm verstärken. Direktabschiebungen aus Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern sowie die Trennung von Familien bei Abschiebungen und Rückführungen in Regionen, in die Rückführungen aus humanitären Gründen nicht tragbar sind, wird es nicht mehr geben. Die Koalition wird die Position des Abschiebebeobachters stärken und im Zusammenhang mit dem Abschiebeforum Transparenz durch einen jährlichen öffentlichen Bericht herstellen. Der Anspruch auf

anwaltliche Betreuung und Begleitung gilt auch während der Vollstreckung aufenthaltsbeendender Maßnahmen.

Die Koalition hält Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam grundsätzlich für unangemessene Maßnahmen und wird sich deshalb auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen. Die Koalition strebt auf Bundesebene zudem eine Erleichterung der Gewährung eines humanitären, alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechts für langjährig Geduldete an und wird sich für die Abschaffung des Flughafenverfahrens einsetzen.“

Diese Forderungen waren bereits vor dem Anschlag im Dezember auf unsere Stadt absurd. Jetzt wird allerdings deutlich, in welchem Ausmaß sie unverantwortlich sind.

Berlin, den 3. Januar 2017

Czaja Krestel
und die weiteren Mitglieder der FDP-Fraktion